

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 7-8

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : die langen Schatten der
Armeeabschaffungs-Initiative
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143423>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die langen Schatten der Armeeabschaffungs-Initiative

Die bundesrätliche Botschaft mit dem Antrag auf Verwerfung der Armeeabschaffungs-Initiative und mit dem Verzicht auf einen Gegenvorschlag ist erschienen. Die parlamentarischen Kommissionen sind bestellt. Der Nationalrat ist Erstrat. Seine Kommission (siehe

Kästchen) hat zwei Daten festgelegt: 27. Oktober (Anhörung der Initianten) und 11. November 1988. Ob weitere Sitzungen stattfinden und Experten angehört werden, steht noch nicht fest.

Die Volksabstimmung wird frühestens Ende 1989 stattfinden.

Nationalrätliche Kommission zur Behandlung der Initiative «Schweiz ohne Armee»

Präsident: Jean-François Leuba, Regierungsrat, Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Militärdepartements, VD, 1934, Major, Lib.

Kommissionsmitglieder: Jean-Jacques Cevey, Syndic de Montreux, VD, 1928, FDP; Elisabeth Déglise, Villarsel-sur-Marly, Lehrerin, FR, 1931, CVP; Dominique Ducet, Laconnex, Rechtsanwalt, GE, 1943, CVP; Ulrich Fischer, Seengen, stellvertretender Direktor Motor-Columbus AG, AG, 1940, FDP, Oberleutnant; Helmut Hubacher, Basel, Sekretär Basler Gewerkschaftsbund, BS, 1926, SP; Francine Jeanprêtre, Morges, Gemeinderätin, VD, 1946, SP; Raoul Kohler, Biel, BE, 1921, FDP; Willy Loretan, Zofingen, Stadtammann, AG, 1934, FDP, Oberst; Paul Luder, Oberösch, eidg. dipl. Landwirt, BE, 1936, SVP, Hauptmann; Hans Meier, Glattfelden, Sekundarlehrer, ZH, 1933, GP, Hauptmann, früher Instruktionsoffizier; Hans Oester, Zürich, dipl. Handelslehrer, ZH, 1931, EVP/LdU; Heinrich Ott, Bottmingen, Prof. für Systematische Theologie, BE, 1929, SP, Hauptmann, Feldprediger; Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick, Finanzjurist, AG, 1942, SVP, Oberleutnant; Hans Ruckstuhl, Rossrüti, dipl. Landwirt, SG, 1947, CVP; Peter Spälti, Hettlingen, Delegierter des Verwaltungsrates der Winterthurer-Versicherungen, ZH, 1930, FDP, Oberst; Judith Stamm, Luzern, Jugendanwältin, LU, 1934, CVP; Karl Tschuppert, Ettiswil, Landwirt, LU, 1941, FDP; Hermann Wellauer, Frauenfeld, Direktor einer Strassen- und Tiefbaufirma, TG, 1924, CVP, Oberst; Jean Ziegler, Choulex, Prof. Genf und Paris-Sorbonne, GE, 1934, SP; Hansjörg Braunschweig, Dübendorf, Amtsvormund, ZH, 1930, SP.

Legislaturziele: Die SP wollte es wissen!

In einer Richtlinienmotion, vorgeschlagen und begründet von Peter Bodemann, verlangt die SP-Fraktion: «Angesichts der bereits heute real hohen Ausgaben für die Landesverteidigung werden die EMD-Ausgaben für die kommenden vier Jahre auf dem heutigen Stand real eingefroren.» Peter Bodemann argumentierte prägnant: «Nur ein einziges Land in Europa hat zwischen 1975 und 1985 die realen Militärausgaben stärker angehoben als die Schweiz – dieses Land heisst Österreich und gibt heute pro Kopf der Bevölkerung immer noch real 2,5 mal weniger aus . . . Obwohl weltweit die Zeichen eher auf Dialog stehen, will die Schweiz massiv aufrüsten. Allein die Rüstungsausgaben sollen jährlich um neun Prozent steigen! Und das ausgerechnet unter dem Banner des qualitativen Wachstums . . . Mit diesem Antrag würde der Bund in vier Jahren 1,3 Milliarden Franken einsparen.»

Helmut Hubacher hatte schon in der allgemeinen Debatte vorgebaut: «Damit nicht genug, das Geld soll weiterhin sehr einseitig eingesetzt werden: Ein paar Milliarden Franken werden für gut drei Dutzend Kampfflugzeuge, fast eine wei-

tere Milliarde für den maroden Panzer 68 oder für fragwürdige Panzerhaubitzen reserviert, um nur diese drei schlechten Beispiele zu erwähnen . . .»

Der bekannte Genfer Professor Jacques Freymond schreibt in «Ernstfall Frieden»: «Der Umweltschutz gehört fortan zum Bereich der Sicherheit. Dies ist so offensichtlich geworden, dass bei kürzlich durchgeführten Meinungsumfragen über die Bedrohung für unsere Sicherheit die ökologische vor die militärische gesetzt wurde, weil viele der Ansicht sind, dass unsere Existenz bereits zu Friedenszeiten in Frage gestellt wird . . . Klar ist, dass der Umweltschutz an erster Stelle unserer Programme in der Innen- und Aussenpolitik gestellt werden muss. Die Schweizer haben noch einen langen Weg vor sich, um sich von den taktischen Kleinkriegen und falschen Freiheitsargumenten, die alle Ausdruck eines geschwächten Sinns für das Gemeinwohl sind, loszureissen und eine der schlimmsten Bedrohungen, die auf unserer Sicherheit lasten, endlich ernst zu nehmen. Die Ökologen sind die eigentlichen Realisten.»

Misstrauen, Sturheit, Hoffnungslosigkeit

Stur, hoffnungsarm und schwarzmalend bleibt der Präsident der zuständigen Nationalratskommission, Christoph Blocher, Unternehmer und Offizier: «Was bringt uns für unsere Sicherheit dieser Ost-West-Dialog eigentlich? Es ist festzuhalten, dass bis heute weder auf der einen noch auf der andern Seite nur eine einzige Waffe abgebaut worden ist . . . Ich erinnere daran, dass kriegerische Konflikte immer in Zeiten der Abrüstung und der Euphorie entstanden sind, als man glaubte, man hätte mit überhaupt keiner kriegerischen Auseinandersetzung zu rechnen.»

Ähnlich der Baselbieter CVP-Nationalrat Hans-Rudolf Feigenwinter, Rechtsanwalt und Offizier: «Das gewaltige Angriffspotential im nuklearen und konven-

tionellen Bereich – im letzteren vor allem ein Ungleichgewicht zu Lasten des Westens – besteht nach wie vor. Die Schweiz hat somit wegen dieser Schwalbe, die längst keinen Frühling macht, überhaupt keinen Grund, in ihren Wehranstrengungen nachzulassen. . . . Wir sind gewillt, diese Verantwortung im Sinne des *si vis pacem para bellum* wahrzunehmen.»

Worte und Geisteshaltung kommen mir vertraut vor: Vor vier Monaten zitierte ich Bundesrat Arnold Koller zu Abrüstungsproblemen: Dieselbe Skepsis, das gleiche Misstrauen und immer wieder Hoffungslosigkeit! Ist es da eigentlich verwunderlich, dass bei sensiblen oder benachteiligten Menschen die Depressionen im Zunehmen begriffen sind. Als Amtsvormund kann ich das in meiner Berufsarbeit fast täglich feststellen. Und auch die Zunahme von Aggressionen und Suchtkrankheiten hat einen sehr realen Hintergrund, zum Anfassen, wer Hände hat und sie gebrauchen will.

Blocher, Feigenwinter, Koller – ausdrücklich christliche Politiker, die sich immer gerne sonntags im Gottesdienst sehen lassen: Wenn ich nur wüsste, wie sie ihre Haltung mit der christlichen Hoffnung in Einklang bringen. Alles nur Heuchelei, Opportunismus, Anpassung? So leicht will ich es mir eigentlich nicht machen.

Vielleicht findet sich eine Antwort bei Nationalrat und Brigadier Ernst Mühlemann, FDP, Direktor des Ausbildungszentrums Wolfsberg der Schweizerischen Bankgesellschaft: «Es gibt eine dritte Bedrohungssituation: Das ist die innenpolitische Destabilisierung. Wir haben höchste Mühe, in diesem Staat unsern politischen Willen durchzusetzen: Was als Vollzugsproblem auftaucht in den Bereichen Asyl, Umweltschutz kann nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Wir stehen auch unechten Minderheiten gegenüber, die Mühe haben, sich in diesem Staat zurechtzufinden. Wenn der Evangelische Kirchenbund von einem bedingten Widerstandsrecht in

Asylfragen spricht, dann gehört das in dieses schwierige Klima innenpolitischer Erosionserscheinungen.»

Die Motion der Sozialdemokraten wurde mit 113 gegen 47 Stimmen abgelehnt, wie so oft! Und doch ein Hoff-

nungszeichen: Noch vor zwei oder drei Jahren hätte diese Motion Sturm und eine mittlere Regierungskrise ausgelöst. Gibt es vielleicht auf bürgerlicher Seite doch auch Verunsicherung und Einsicht?

Hansjörg Braunschweig

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Keine Schweiz ohne Armee?

Dass der Bundesrat die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» ablehnen würde, war zu erwarten. Mehr zu denken gibt das regierungsamtliche Niveau, auf dem sich die bundesrätliche Botschaft vom 25. Mai 1988¹ mit dem Volksbegehren der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) auseinandersetzt. Es hätte ja sein können, dass der Bundesrat an der Initiative wenigstens den visionären Blick in eine – notwendige – Zukunft ohne Waffen anerkennen würde. Am Platz gewesen wäre darum auch ein Ordnungsruf an all jene, die der Initiative eine staatsfeindliche Zielsetzung unterstellen, wo doch nicht die Zielsetzung an sich, sondern nur der Kairos, der richtige Zeitpunkt ihrer Verwirklichung, strittig sein kann. Warum sollte der Bundesrat nicht zu einem fairen, repressionsfreien Dialog aufrufen? Wie General de Gaulle als französischer Staatspräsident von seinem wohl schärfsten ideologischen Widersacher sagte: «Sartre, c'est la France aussi», so hätte der Grundtenor der bundesrätlichen Botschaft lauten können: «Die GSoA denkt im Grunde gross von der Schweiz, der Bundesrat hat darum keinen Anlass, an der demokratischen Gesinnung und moralischen Lauterkeit der Initiantinnen und Initianten zu zwei-

feln.» Nichts von alldem steht in dieser Botschaft, die als ein armseliges *Dokument der Dialogunfähigkeit* in die Geschichte eingehen wird. Für den Bundesrat verkörpert die Armee das «staatliche Gewaltmonopol» schlechthin. Für ihn gibt es die Schweiz nur mit und niemals ohne Armee. Die bewaffnete Neutralität wird gar zur völkerrechtlichen Pflicht uminterpretiert. Was die Initiative an «umfassender Friedenspolitik» fordert, hat die Schweiz in den Augen des Bundesrates schon längst verwirklicht. Wir haben es nur noch nicht gemerkt.

Verkörperung des innerstaatlichen Gewaltmonopols?

Von der Initiative unberührt bleibt der Zweckartikel der Bundesverfassung: «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern . . .» Wie sich diese Staatsziele auch ohne Armee verwirklichen lassen, übersteigt nun allerdings das Vorstellungsvermögen unserer Regierung. Die Phantasie ist – 20 Jahre nach 1968 – halt noch immer nicht an der Macht. Statt über ein alternatives Konzept von Sicherheit nachzudenken, spricht der Bundesrat ex cathedra: «Die Armee verkörpert das staatliche Gewaltmonopol gegenüber kriegerischen An-